

2.7NEU3 Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarisches Brandenburg

364 Weltweit sind über 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Von ihnen kommt in Brandenburg nur ein
365 winziger Teil an: Im Jahr 2017 wurden 4.340 Geflüchtete im Land Brandenburg aufgenommen und im
366 ersten Halbjahr 2018 etwa 1.500. Denn sowohl auf europäischer, als auch auf Bundesebene, sowie im Land
367 selbst, findet eine zunehmende Verschärfung der Flüchtlingspolitik statt. Wir schotten uns ab. Diese Politik
368 steht im Widerspruch zu unserer im Grundgesetz verankerten Verpflichtung, geflüchteten Menschen Hilfe
369 und Unterstützung zu gewähren und ein neues Zuhause zu geben.

Kommunen bei Integration unterstützen

371 Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Vieles können die Landkreise und kreisfreien Städte
372 eigenständig entscheiden: Die Einführung der Gesundheitskarte, den Vollzug der Abschiebungen, die
373 Festlegung der Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Selbstzahler*innen. Das führt dazu, dass
374 Integration in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich gelingt. Wir wollen die
375 Kommunen stärker unterstützen, indem wir mehr in die Integration investieren - in Sprachkurse, Bildung
376 und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit und Wohnungen. Die zu uns geflüchteten Menschen sollen ein
377 selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehört auch, dass wir prüfen wollen, ob und wie politische
378 Beteiligungsformen für Migrant*innen ermöglicht werden können. Außerdem möchten wir die Zahl der
379 Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.

380 Das großartige ehrenamtliche Engagement der zahlreichen Willkommensinitiativen im Land wollen wir
381 weiter stärken, indem das Land pauschal Kosten der Verwaltung von Initiativen oder gemeinnützigen
382 Trägern der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, übernimmt.

Integration in Arbeit voranbringen

384 Geflüchtete Menschen machen 6 Prozent aller Arbeitssuchenden im Land Brandenburg aus. Unter allen
385 arbeitslosen Menschen beträgt ihr Anteil 4,4 Prozent.

386 Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür müssen
387 geflüchtete Menschen schnell und ausreichend Deutsch lernen. Sprachlernangebote und
388 Arbeitsmarktprogramme wollen wir daher deutlich ausbauen und flexibilisieren. Für neu angekommene
389 geflüchtete Menschen sind Sprachmittlungsangebote eine wichtige Bedingung für den Anfang in der
390 neuen Umgebung.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche besser integrieren

392 Der Besuch von Kitas und Schulen ist der Schlüssel zum Erfolg der Integration von Kindern und
393 Jugendlichen. Wir wollen Kitas und Schulen stärken, um den Umgang mit Vielfalt und individuelle
394 Förderung zu gewährleisten. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Verbesserung des
395 Betreuungsschlüssels und die Qualitätssicherung in Kitas ein.

396 Der Schulbesuch geflüchteter Kinder und Jugendlicher muss für jedes Kind gesichert sein, ihre Verteilung
397 in den Schulen hat sich nach anfänglicher Konzentration etwas verbessert. Auf unseren Druck hin wurden
398 so auch die Freien Schulen mit einbezogen. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen.

399 In Brandenburg leben rund 1.300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in jugendhilferechtlicher
400 Zuständigkeit. Das Land erfüllt mit einer Quote von ca. 80 Prozent das Aufnahmesoll nicht. Unsere
401 Landtagsfraktion hat mit Erfolg darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten
402 minderjährigen Geflüchteten entsprechend ihrer Bedürfnisse als Jugendliche in speziellen

403 Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ behandelt werden. Wir
404 möchten, dass künftig Maßnahmen, die für alleinreisende Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, allen
405 jungen Erwachsenen bis 27 Jahren zur Verfügung stehen.

406 **Gesundheitsangebote für Geflüchtete ausbauen**

407 Die Gesundheitsversorgung, vor allem die psychotherapeutische Versorgung, wollen wir für Geflüchtete
408 sicherstellen. Zugänge zu psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten müssen vereinfacht und
409 vereinheitlicht, Sprachmittlungsangebote verstetigt werden. Die Behandlungsstelle für traumatisierte
410 Geflüchtete in Fürstenwalde wollen wir erhalten und mit mehr Mitteln ausstatten und darüber hinaus
411 Angebote von psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer landesweit ausbauen. Die Einführung
412 der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein voller Erfolg, sie erleichtert Ärzt*innen die
413 Behandlung und entlastet die Sozialämter. Leider ist sie bisher noch nicht in allen Landkreisen Standard,
414 wir wollen die noch fehlenden kommunalen Träger bei der Einführung tatkräftig unterstützen.

415 **Schutz für die Schwächsten verbessern**

416 Je größer die Unterkunft, desto größer das Konfliktpotential. Dieser Zusammenhang zeigt sich immer
417 wieder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise in der Erstaufnahme in
418 Eisenhüttenstadt. Auf unsere Forderung nach einer besseren psychosozialen Versorgung hat die
419 Landesregierung zumindest mit der Neueinstellung von Sozialarbeiter*innen reagiert. Das begrüßen wir.
420 Besonders gefährdete Geflüchtete, alleinreisende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und mit
421 anderen sexuellen oder religiösen Orientierungen brauchen auch besonderen Schutz.

422 **Faire Asylverfahren garantieren**

423 Wir wollen die bestehenden Ermessensspielräume zugunsten von Geflüchteten nutzen. Insgesamt 624
424 Personen wurden 2017 aus Brandenburg abgeschoben. Erschreckend hoch ist die Zahl der minderjährigen
425 Abgeschobenen: Allein im Jahr 2017 waren es 92 Jugendliche.

426 Die Sicherheitslage in Afghanistan und Syrien ist weiterhin prekär. Nach wie vor sind weite Teile beider
427 Länder heftig umkämpft. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind daher auf unbekannte Dauer
428 nicht zu verantworten. Wir fordern die allgemeine Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an alle
429 geflüchteten Menschen aus Afghanistan und Syrien, wie es das Aufenthaltsgesetz vorsieht.

430
431 Um allen Geflüchteten ein faires und schnelles Verfahren gewähren zu können, muss die angemessene
432 Ausstattung der Verwaltungsgerichte sichergestellt sein.

433 **Keine Abschiebehaftanstalt und keine AnKER-Zentren in Brandenburg**

434 Die wegen Brandschutzmängeln geschlossene Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt wollen wir nicht
435 wieder in Betrieb nehmen. Um die Zahl von Abschiebungen unter Zwang zu minimieren, wollen wir auch
436 künftig finanzielle Mittel für landeseigene Programme zur Förderung einer freiwilligen Rückkehr von
437 Flüchtlingen bereitstellen.

438 AnKERzentren sind integrationsfeindlich und Zeichen einer Politik der Abschreckung. Brandenburg darf sich
439 an dem Aufbau von AnKERzentren nicht beteiligen und muss auch auf Bundesebene diesen Vorstoß
440 entschlossen zurückweisen.

441 **Aufnahmeprogramm für Jesidinnen starten**

442 Die Aufnahme von Schutzsuchenden über humanitäre Sonderkontingente erspart den Betroffenen
443 lebensgefährliche Fluchtrouten, Ausbeutung und horrenden Geldzahlungen an Schlepper. Die IS-Terrormiliz
444 ist dabei, die religiöse Minderheit der Jesidinnen in Syrien und im Nordirak zu vernichten. Wir haben 2016
445 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für verfolgte Jesidinnen mit ihren Kindern initiiert. Das muss nun
446 zügig starten.